

Gesundheitsberufe beraten Zustand und Zukunft des Gesundheitswesens

Erschienen am 02.07.2024

Das deutsche Gesundheitswesen steht vor einer doppelten demografischen Herausforderung. Das Durchschnittsalter, und damit der Behandlungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger, steigt. Gleichzeitig werden in den kommenden Jahren viele Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen altersbedingt aus dem Berufsleben ausscheiden, ohne dass ihre Arbeitskraft durch ausreichend Nachwuchs ersetzt werden kann. Vor diesem Hintergrund kamen heute die Vertreterinnen und Vertreter der Gesundheitsberufe in Deutschland auf Einladung der Bundesärztekammer in Berlin zusammen, um über prioritäre Handlungsfelder für ein stabiles, solidarisches und patientengerechtes Gesundheitswesen zu beraten.

Für die mehr als 30 im Bündnis Gesundheit zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen zählen dazu eine aktive Nachwuchsförderung, mehr Kooperation und Koordination in der Versorgung sowie eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung. Das Bündnis Gesundheit repräsentiert die Gesundheitsberufe in Deutschland, unter ihnen die Vertreter der Pflege- und Sozialberufe, der Assistenzberufe, der Psychotherapeutenschaft, der Apothekerschaft, der Ärzte- und Zahnärzteschaft sowie der Heilmittelerbringer. Damit spricht das Bündnis für rund vier Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer, sagte zur Eröffnung der Bündnis-Sitzung: „Wir müssen die Zukunft der Patientenversorgung unvoreingenommen, ideologiefrei und mit Mut für Veränderungen neu denken.“ Geeignete Ansätze seien ein strukturierterer Zugang zu Gesundheitsleistungen, klar definierte Behandlungspfade und mehr digitale Vernetzung. Reinhardt betonte: „Wenn sich die Spitzenorganisationen aus dem Gesundheitswesen zusammenschließen, um gemeinsam Ideen und Vorschläge zu entwickeln, sollte das auch ein Zeichen an die Politik sein, sich mit uns gemeinsam systematisch, ressortübergreifend und nachhaltig mit den gesundheitlichen Herausforderungen unserer Zeit zu befassen.“

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, betonte auf der Sitzung die besondere Bedeutung der Nachwuchsförderung und Fachkräftesicherung. „Wir müssen die Tätigkeit in den Gesundheitsberufen so attraktiv gestalten, dass ausreichend viele Menschen sich für diesen Weg entscheiden und den Beruf nicht wieder verlassen.“ Für Menschen aus dem Ausland müsse es einfache und unbürokratische Wege geben, um in Deutschland tätig zu werden. Vor allem aber müssten Pflege- und Gesundheitsberufe wettbewerbsfähig werden, attraktive Ausbildungsgänge und Karrieremöglichkeiten, eine angemessene Vergütung und familienfreundliche Arbeitsbedingungen seien dafür essenziell.

Ute Repschläger, Vorsitzende des Bundesverbands selbstständiger Physiotherapeuten, hob die Notwendigkeit hervor, die Versorgungsstrukturen patientenorientiert weiterzuentwickeln. „Mehr interprofessionelle und intersektorale Kooperation und Koordination sowie ein strukturierterer Zugang zu Gesundheitsleistungen sind die Schlüssel für ein wirklich zukunftsfest ausgerichtetes Gesundheitswesen." Gerade in der Versorgung chronisch erkrankter Patientinnen und Patienten sei eine interdisziplinäre, multiprofessionelle und ganzheitliche Behandlung und Betreuung sinnvoll. Die derzeitigen Rahmenbedingungen erschwerten aber die Zusammenarbeit und müssten dringend ergänzt und angepasst werden.

Hannelore König, Präsidentin des Verbands medizinischer Fachberufe, forderte, Gesundheit und Pflege nicht als bloße Kostenfaktoren zu sehen, sondern als Garanten für eine lebenswerte sowie sozial und politisch stabile Gesellschaft. „Deswegen ist eine auskömmliche Finanzierung des Gesundheitssystems unabdingbar. Sie ist Voraussetzung für eine patienten- und aufgabengerechte personelle Ausstattung ebenso wie für die dringlich notwendigen strukturellen Reformen im ambulanten wie stationären Sektor." König plädierte dafür, die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung durch ausreichend hohe Bundesmittel finanziell abzusichern. Zudem dürften versicherungsfremde Leistungen nicht länger durch Solidarbeiträge der Sozialversicherten finanziert werden.

An der Sitzung des Bündnis Gesundheit nahmen teil:

- ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V.
- ADEXA – Die Apothekengewerkschaft
- Ärztekammer Hamburg
- Ärztekammer Sachsen-Anhalt
- Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten e. V. (BDI)
- Berufsverband Orthoptik Deutschland e. V. (BOD)
- Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK)
- Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten e. V. (BVVP)
- Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten – IFK e. V.
- Bundesärztekammer (BÄK)
- Bundeszahnärztekammer (BZÄK)
- Deutscher Ärztinnenbund e. V. (DÄB)
- Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. (DVSG)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe - DBfK Bundesverband e. V.
- Deutscher Bundesverband der Atem, Sprech- und Stimmlehrer/innen e. V. (dba)
- Deutscher Bundesverband für akademische Sprachtherapie und Logopädie e. V. (dbs)
- Deutscher Bundesverband für Logopädie e. V. (dbl)
- Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)
- Deutscher Verband Ergotherapie e. V. (DVE)
- Deutscher Verband für Altenpflege e. V. (DBVA)
- Deutscher Verband für Physiotherapie (ZVK) e. V.
- Deutscher Verband für Podologie (ZFD) e. V.
- Hartmannbund - Verband der Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V.
- Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
- Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)
- Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV)
- Landesärztekammer Brandenburg
- Landesärztekammer Thüringen
- Marburger Bund
- MEDI GENO Deutschland e. V.
- Physiotherapieverband e. V. – Bundesverband (VDB)
- Sächsische Landesärztekammer
- Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e. V. (SpiFa)
- Verband der Diätassistenten – Deutscher Bundesverband e. V. (VDD)
- Verband für Physiotherapie – Vereinigung für die physiotherapeutischen Berufe (VPT) e. V.
- Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e. V. (VLK)
- Verband medizinischer Fachberufe e. V. (VMF)
- Virchowbund

(Foto: BÄK)